

STUDIEN UND FORSCHUNGEN AUS DEM  
NIEDERÖSTERREICHISCHEN INSTITUT FÜR LANDESKUNDE

Herausgegeben von Elisabeth Loinig

---

Band 70

**Wien und Niederösterreich –  
eine untrennbare Beziehung?**

**Festschrift für Willibald Rosner  
zum 65. Geburtstag**

Herausgegeben von  
Elisabeth Loinig, Stefan Eminger und Andreas Weigl

---

Verlag NÖ Institut für Landeskunde  
St. Pölten 2017

Einband: Alois Groppenberger, Geometrischer Plan der Straßen in Nieder-Oesterreich 1:288 000,  
Wien 1785 (NÖLB)  
Grafik: Renate Stockreiter

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:  
NÖ Institut für Landeskunde  
3109 St. Pölten, Kulturbezirk 4

Redaktion: Stefan Eminger, Elisabeth Loinig, Andreas Weigl  
Bildredaktion: Werner Berthold, Stefan Eminger  
Lektorat: Heidemarie Bachhofer

Hersteller:  
Ferdinand Berger und Söhne Ges.m.b.H.,  
3580 Horn, Wienerstraße 80

© NÖ Institut für Landeskunde  
ISBN 978-3-903127-07-4

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdruckes, der Entnahme von Abbildungen, der Rundfunk- oder Fernseh- sendung, der Wiedergabe auf photomechanischem oder ähnlichem Wege und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwendung, vorbehalten.

# Biographische Notizen zu den niederösterreichischen Landeshauptmännern der Ersten Republik

Von *Ernst Bezemek*

Die dreibändige niederösterreichische Zeitgeschichte „Niederösterreich im 20. Jahrhundert“ mit ihren weiterführenden Beiträgen stellt eine gleichermaßen von der kritischen wie von der geneigten Leserschaft anerkannte Pionierleistung der Direktion Rosner dar. Biographische Angaben bleiben allerdings weitgehend auf den Anmerungsapparat beschränkt.<sup>1</sup> Die folgenden marginalen Bemerkungen zu den demokratisch legitimierten niederösterreichischen Landeshauptmännern der Ersten Republik, die sämtlich aus den Reihen des NÖ Bauernbundes hervorgingen und sich mehr als Landesherren denn als Landesväter gerierten, betreten folglich, wenngleich sie sich auf vereinzelte Vorstudien und Memoirenliteratur stützen können,<sup>2</sup> weitgehend Neuland.

Insofern sind sie quasi als „Pilotstudie“ für ein in Zusammenarbeit mit der „Haslauer-Stiftung“ in Salzburg geplantes biographisches Projekt zu verstehen, wobei eine knappe Skizze der niederösterreichischen Parteienlandschaft 1919–1932 den Ausführungen vorangestellt wird. Diese setzen mit dem Trennungsgesetz vom 29. Dezember 1921 ein und enden mit dem Landesverfassungsgesetz vom 30. Oktober 1934, das die Etablierung des Ständischen Landtages brachte. Die vielfach vor

---

1) Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik. Hrsg. Stefan EMINGER u. ERNST LANGTHALER, Bd. 2: Wirtschaft. Hrsg. Peter MELICHAR, ERNST LANGTHALER u. Stefan EMINGER, Bd. 3: Kultur. Hrsg. Oliver KÜHSCHMELM, ERNST LANGTHALER u. Stefan EMINGER (Wien-Köln-Weimar 2008).

2) Siehe dazu Hermann RIEPL, Fünfzig Jahre Landtag von Niederösterreich, Bd. 1: Der Landtag in der Ersten Republik (Wien 1972); Leopold KAMMERHOFER, Niederösterreich zwischen den Kriegen. Wirtschaftliche, politische, soziale und kulturelle Entwicklung von 1918 bis 1938 (Baden 1987); Karl GUTKAS, Geschichte des Landes Niederösterreich (St. Pölten-Wien 3. überarb. und ergänzte Aufl. 1973); ERNST BRUCKMÜLLER, Parteienherrschaft und Verwaltung. Politik in Niederösterreich im 20. Jahrhundert. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik. Hrsg. Stefan EMINGER u. ERNST LANGTHALER (Wien-Köln-Weimar 2008) 711–746; Josef PRINZ, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918–1938. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert 1, 41–72; Klaus-Dieter MULLEY, Nationalsozialismus im Bezirk Scheibbs 1930–1945 (Scheibbs 1988); Klaus-Dieter MULLEY, Die NSDAP in Niederösterreich 1918–1938. Eine Vorgeschichte des Anschlusses. In: ÖGL 33 (1989) 169–191 sowie die Dokumentation: Das Bundesland Niederösterreich. Seine verfassungsrechtliche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung im ersten Jahrzehnt seines Bestandes 1920 bis 1930. Hrsg. Niederösterreichische Landesregierung (Wien 1930). Zu Fragestellungen betreffend die Landeshauptmänner Karl Buresch und Josef Reither siehe Gertrude ENDERLE-BURCEL, Karl Buresch. In: Die österreichischen Bundeskanzler. Hrsg. Friedrich WEISSENSTEINER u. Erika WEINZIERL (Wien 1983) 174–189 sowie Martina HÖLLMÜLLER, Josef Reither. In: Sowjets, Schwarzmarkt, Staatsvertrag. Stichwörter zu Niederösterreich 1945–1955. Hrsg. Stefan EMINGER u. ERNST LANGTHALER (St. Pölten-Wien-Linz 2005) 163–165. An Memoirenliteratur wertvoll ist Oskar HELMER, 50 Jahre erlebte Geschichte (Wien 1957).

allem von katholischen Kreisen kontrovers gesehene Persönlichkeit Albert Severs, des Landeshauptmannes des Gemeinsamen Landtages (20. Mai 1919 bis 5. November 1921), der die sogenannten „Sever-Ehen“,<sup>3</sup> die Wiederverheiratung geschiedener Katholiken, ermöglicht hatte, ist demgemäß nicht Gegenstand der folgenden Darstellung. Sever war der erste demokratisch legitimierte Landeshauptmann Niederösterreichs und blieb auch der einzige Sozialdemokrat in diesem Amt.

## **1. Die niederösterreichische Parteienlandschaft – Eine Annäherung**

### **1.1. Parteien und soziales Milieu – Bemerkungen zur politischen Struktur 1919–1932**

In „Niederösterreich-Land“ bestand seit den 1890er Jahren eine exzeptionelle Mehrheit an christlichsozial orientierten Bauern und Kleingewerbetreibenden, die den politischen Diskurs bestimmte. Die Durchsetzung einer republikanischen Staatsform auf Grund der „Revolution 1918“ war vor allem für die christlichsoziale Elite schwer vorstellbar. Für diese waren „Gott, Kaiser und Vaterland“ Ordnungsbegriffe, in die sich die Lebensbewältigung einzuordnen hatte. Der Wegfall dieses Ordnungssystems musste zu Krisen führen. Noch im Mai 1918 hatte der Horner Gymnasialdirektor und christlichsoziale Reichsrats- und Landtagsabgeordnete Wilhelm Miklas in einer Versammlung des christlichsozialen Wählervereins in Eggenburg erklärt: „Wir brauchen ein österreichisches Parlament für den österreichischen Staat. Herz und Rückgrat aber des österreichischen Volkes ist das deutsche Volk in Österreich. Daher dürfen wir keinen Gegensatz aufkommen lassen zwischen Deutschösterreichern und dem Staate Österreich. Wir erklären gegenüber den traurigen Verirungen der letzten Zeit: Für uns gibt es nur eine unkündbare Treue zum österreichischen Kaiser und Reich!“<sup>4</sup>

Der wesentliche Machtfaktor auf dem Land war der 1906 gegründete NÖ Bauernbund mit seinem starken politischen Selbstbewusstsein und seinen bestimmten Funktionären. Die machtvolle Demonstration der niederösterreichischen Bauern am 29. Juni 1919, dem „Peter- und Paulstag“, ließ keinen Zweifel über einen massiven bäuerlichen Widerstand im Falle räteditatorischer Ambitionen zu. „Ein befreiender Tag für Wien. 10.000 Vertreter von Bauern aus Niederösterreich und den übrigen Bundesländern sind in Wien zusammengekommen und haben erklärt, daß sie eine Diktatur des Proletariats nicht zulassen“, hieß es im Juni 1966 anlässlich der Feiern des 60jährigen Gründungsjubiläums des NÖ Bauernbundes im „Volksblatt“.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup>) Die Severschen „Dispenshen“ blieben auch nach Anrufung der Höchstgerichte aufrecht, wobei der Oberste Gerichtshof Severs Verordnung für ungültig, der Verfassungsgerichtshof diese für gültig erklärt hatte.

<sup>4</sup>) Reichspost (10. Mai 1918).

<sup>5</sup>) Volksblatt (25. Juni 1966); vgl. auch KAMMERHOFER, Niederösterreich (wie Anm. 2) 63.

Organisatorisch und ideologisch abgekoppelt existierte die Welt der „Sozialisten“ in den Städten St. Pölten und Wiener Neustadt sowie in den industriellen Zentren des Wiener Beckens, des Ybbs-, Piesting- und Traisentals. Charakteristikum der niederösterreichischen Politik in der Zwischenkriegszeit war das Konkordanzklima innerhalb der Eliten, welches sich ab 1920 von den politischen Kämpfen auf Bundesebene merklich abhob. Die Landeshauptleute Dr. Karl Buresch und Josef Reither (Christlichsoziale Partei) sowie ihre sozialdemokratischen Stellvertreter Franz Christoph bzw. Oskar Helmer und Landesrat Heinrich Schneidmadl (Sozialdemokratische Arbeiterpartei) vermochten den Aktivismus der konfliktbereiten Basis auch nach dem Brand des Justizpalastes 1927 zu kanalisieren.

Der Bildung der von Bundeskanzler Ignaz Seipel oktroyierten, aus christlichsozialen und verschiedenen deutschnationalen Gruppierungen bestehenden „Einheitsliste“ bei den Nationalrats- und Landtagswahlen 1927 wurde vor allem seitens des Bauernbundes mit entsprechender Skepsis begegnet, da maßgebliche Vertreter insbesondere die Einbeziehung nationalsozialistischer Gruppen (Dr. Walter Riehl und Karl Schulz) ablehnten.<sup>6</sup>

Die Gegensätze zwischen den politischen Lagern verschärften sich, als die Parteien ihre Anhänger zu bewaffneten Organisationen zusammenfassten. 1923 bildeten die Sozialdemokraten aus ihren Ordnerformationen, den früheren Arbeiterwehren, den Republikanischen Schutzbund, den früheren Arbeiterwehren, den Republikanischen Schutzbund. Aus den Wurzeln der Ortswehren, Bürgergardien, Frontkämpfervereinigung oder Kameradschaftsverbände erwuchsen mit einem Mitgliederspektrum von Monarchisten bis zu Nationalsozialisten die von ehemaligen Frontoffizieren geleiteten Heimwehren.<sup>7</sup> In den kleineren Provinzstädten, besonders im Waldviertel und in der Wachau, entstand ein im intellektuell-bürgerlichen und im noch unterentwickelten Dienstleistungsbereich angesiedelter antiklerikaler, betont antisemitischer Deutschnationalismus. Dieser ist zweifellos – stark von Georg Ritter von Schönerer beeinflusst – sozioökonomisch aus der spezifischen Situation eines regionalen kleingewerblichen und intellektuellen Bürgertums in einem strukturell unterentwickelten Gebiet zu verstehen.<sup>8</sup> Aus dieser Wurzel und der Krise von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft nach 1927 speiste sich der Aufstieg der NSDAP<sup>9</sup> zur Massenbewegung, in welcher die Großdeutsche Volkspartei,

<sup>6</sup>) So etwa der Nationalratsabgeordnete und Bauernbundobmann Johann Eichinger (CSP) bei einer Kundgebung vor Weinviertler Bauern in Hollabrunn: „Mit den Nazis werden wir nicht weit kommen.“ NÖLA, BH Hollabrunn, Gruppe I, Bericht vom 20. März 1927. Siehe dazu auch Rudolf BRANDSTÖTTER, Dr. Walter Riehl und die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich (Diss. Wien 1969).

<sup>7</sup>) GUTKAS, Geschichte (wie Anm. 2) 506.

<sup>8</sup>) Ernst BEZEMEK, Der Weg nach Niederdonau. Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Niederösterreich. In: NÖ Kulturberichte. Monatsschrift für Kultur und Wissenschaft (März 1988) 1.

<sup>9</sup>) Die niederösterreichische NSDAP ging aus der am Anfang des 20. Jahrhunderts in Trautenua (Böhmen) gegründeten „Deutschen Arbeiterpartei“ hervor. Besserverdienende Arbeiter und Angestellte fürchteten die Konkurrenz billiger tschechischer Arbeitskräfte und organisierten sich in Vereinen. So entstand aus Angst vor sozialer Deklassierung im Keim jenes Ideologiekonglomerat aus deutsch-nationalistischen, antikapitalistischen und bürgerlichen Zielvorstellungen. In Niederösterreich breitete sich diese kleine deutschnationale Splittergruppe vor allem entlang der Bahnlinien aus: Ihre soziale

eine aus den verschiedenen inhomogenen deutschnationalen Gruppierungen entstandene Beamten- und Honoratiorenpartei, und der „Landbund“ aufgingen. Die Zersplitterung des nationalen Lagers blieb, so Christian Klösch, eine „Konstante bis 1932“.<sup>10</sup>

Die niederösterreichische Parteienlandschaft in der Ersten Republik komplettierten 1919 bei den Wahlen zum gemeinsamen Landtag (Wien-Niederösterreich) die Partei der sozialdemokratischen und demokratischen Tschechoslowaken und die dem deutschnationalen Lager zugehörigen Nationaldemokraten, die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) sowie bei den Landtagswahlen 1927 der „Völkisch-soziale Block“, eine Liste der österreichischen NSDAP, die in Konkurrenz zur Hitlerbewegung stand. Sowohl die KPÖ als auch der Völkisch-soziale Block erreichten allerdings kein Mandat.<sup>11</sup> Der „Heimatblock“ um Ernst Rüdiger von Starhemberg, der politische Arm der bürgerlichen Heimwehren, trat ebenso wie der „Nationale Wirtschaftsblock und Landbund“, ein Listenverband aus Großdeutschen und „Landbund“, als wahlwerbende Gruppe bei den Nationalratswahlen 1930 an, was die Christlichsozialen maßgeblich schwächte.<sup>12</sup>

## 1.2. Vorboten der Krise

Die organisatorisch-personelle Verflechtung von Bundes- und Landespolitik bewirkte zwangsläufig auch die Verlagerung der bundespolitischen Konflikte nach Niederösterreich. In Handgreiflichkeiten mündende Radauszenen führten am 23. November 1926 zum Abbruch einer Landtagssitzung. Auseinandersetzungen über die aufgrund einer Ministerialverordnung verfügte Präsenz der Staatspolizei in Wiener Neustadt, die für die Sozialdemokraten eine unannehmbare Provokation darstellte, waren der nichtige Anlass und zeigten, wie brüchig die Konsenspolitik der Eliten geworden war: „Der Grund“ für die Aufrechterhaltung der Staatspolizei sei, weil sich der Bundeskanzler ‚einbildet‘ die Sozialdemokraten in Wiener Neustadt bestrafen zu müssen“, stellte der Wiener Neustädter Bürgermeister Ofner im Landtag fest.<sup>13</sup>

Mit der Bildung der bereits angesprochenen „Einheitsliste“ war ein Paradigmenwechsel in der niederösterreichischen Landespolitik eingetreten. Konsenspolitiker

---

Basis bestand vorerst überwiegend aus Bahn- und Postbediensteten, Handelsgehilfen und Fabriksangestellten. In den Gründungsjahren der Republik trat die Partei vor allem für die Ausweisung der Tschechen ein und fiel durch radikalen Antisemitismus auf. Siehe dazu MULLEY, NSDAP (wie Anm. 2) 174.

<sup>10)</sup> Christian Klösch, Das nationale Lager in Niederösterreich 1918–1938 und 1945–1996. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik. Hrsg. Stefan EMINGER u. Ernst LANGTHALER (Wien-Köln-Weimar 2008) 565–600, hier 566.

<sup>11)</sup> Siehe dazu Johannes HAWLIK, Die politischen Parteien Deutsch-Österreichs bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung (Diss. Wien 1971).

<sup>12)</sup> Grundlegend Bernhard DENSCHER, Wahlkämpfe in der Ersten Republik. Die Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung 1919 und die Nationalratswahlen 1920–1930 (Diss. Wien 1981).

<sup>13)</sup> Landtagsabgeordneter Anton Ofenböck im Landtag am 23. November 1926. Stenographische Protokolle, VIII. Session der I. Wahlperiode 229.

wie Landeshauptmannstellvertreter Reither wurden an den Rand gedrängt. Die auf massiven Druck von Industrie und Großgrundbesitz zustande gekommene „Einheitsfront der bürgerlichen, antimarxistischen Parteien (Einheitsliste)“ läutete auch in Niederösterreich das Ende der „demokratischen Phase“ der Ersten Republik ein. Antisemitische Ausfälle beherrschten den beginnenden Wahlkampf: „Durch Terror wird das demokratische Prinzip des Mehrheitswillens gebrochen, sooft es den taktischen Erwägungen des Führerküngels beliebt. Durch den Republikanischen Schutzbund soll der gesamten Bevölkerung nach russischem Vorbild die ‚Diktatur des Proletariats‘ aufgezwungen werden, die natürlich nichts anderes wäre als die Diktatur der Herren Bauer, Breitner und der anderen Judengenossen“,<sup>14</sup> hieß es etwa in der betont deutschnationalen „Kremser Landzeitung“. Der im Wahlkampf 1927 von den Christlichsozialen stark angefeindete Oskar Helmer bemerkte in seinen Memoiren treffend: „Die Objektivität und korrekte Sachlichkeit der Auseinandersetzungen im Niederösterreichischen Landtag änderte sich grundlegend, als die intransigente Bundespolitik störend in die politischen Verhältnisse des Landes Niederösterreich eingriff.“<sup>15</sup>

## **2. Die Landeshauptmänner Mayer, Buresch und Reither – Lebensbilder**

Die Verflechtung zwischen Bundes- und Landespolitik war bei den Christlichsozialen besonders stark. Ignaz Seipel, in den 1920er Jahren unzweifelhaft die dominierende Persönlichkeit der Partei, bediente sich der personellen Ressourcen des NÖ Bauernbundes, den er als die effizienteste Organisation der CSP schätzte. Der katholischen Kirche nahestehende, im Bauernbund geschulte Funktionäre wie Karl Buresch und Josef Reither, die höchste Funktionen in Bund und Land bekleideten, entsprachen seinen politischen Ansprüchen am ehesten. Karrieren, wie jene der Letzteren, waren deshalb nur mit fester Verankerung im Bauernbund und der entsprechenden Förderung Seipels möglich. Der Konsenspolitiker Mayer hingegen hatte seine politische Wirkungsstätte ausschließlich in Niederösterreich.

### **2.1. Landeshauptmann Johann Mayer (1858–1941)**

Der als Sohn einer Müllerfamilie in Deutsch-Wagram geborene Johann Mayer besuchte nach Absolvierung einer Müllerlehre und beruflicher Fortbildung in Lundenburg (Břeclav), Budapest und Körmend eine private Handelsschule. 1880 übernahm er die väterliche Mühle. Ab 1884 fungierte er als Gemeinderat in Großengersdorf, ab 1890 war er Landtagsabgeordneter, von 1897 bis 1919 Mitglied des Reichsrates. Als Mitglied des Landesausschusses und Präsident des Landeskulturrates

---

<sup>14</sup>) Landzeitung (31. März 1927).

<sup>15</sup>) HELMER, 50 Jahre (wie Anm. 2) 98.

setzte er den Bau der Bahnlinie Floridsdorf-Stammersdorf-Auersthal durch.<sup>16</sup> Nach der Teilung Niederösterreichs durch das Bundesverfassungsgesetz 1920 in zwei Landesteile wurde Johann Mayer 62-jährig Landeshauptmann; eine Funktion, die er auch nach der Trennung Wiens von Niederösterreich (1. Jänner 1922) wahrnahm. Mayer war der erste aus der Reihe der Landeshauptmänner, die der NÖ Bauernbund bis 1981 stellte.<sup>17</sup>

### 2.1.1. Johann Mayer und der NÖ Bauernbund

Johann Mayer zählt neben Matthäus Bauchinger, Karl List und Josef Stöckler zu den Pionieren der Idee der Bündelung bäuerlicher Interessen in einer straffen Organisation. Wenn er auch bei der Gründung des NÖ Bauernbundes 1906 nicht als PropONENT firmierte, gehörte er, so Georg Schmitz, zum „Establishment“ der niederösterreichischen Bauernschaft im NÖ Landtag.<sup>18</sup> Als Leitungsmitglied des Bauernbundes und Landesausschusses engagierte sich Mayer für die Errichtung des Landeskulturrates, der Vorgängerorganisation der Landwirtschaftskammern, und wurde dessen Präsident.<sup>19</sup> Mayer wurde Mitglied der Provisorischen Landesversammlung und der aufgrund der Ergebnisse der Landtagswahlen 1919 gebildeten Landesregierung. Der am Zustandekommen des Trennungsgesetzes maßgeblich beteiligte Konsenspolitiker wurde innerhalb der Partei vom machtbewussten Josef



Abbildung 1: Landeshauptmann Johann Mayer (NÖLB).

Zwetzbacher an den Rand und später aus dem Amt gedrängt. Am 9. Juni 1922 schied Johann Mayer, der mit der Funktion eines Generalrates der Nationalbank abgefunden wurde, aus dem Amt: aus Gesundheitsgründen, wie die christlichsoziale Landesleitung formulierte. Der ehrgeizige Agrarier Zwetzbacher soll, folgt man Oskar Helmer, Mayers Ablöse betrieben und letztlich auch durchgesetzt haben.<sup>20</sup>

<sup>16</sup>) ERNST BEZEMEK u. Michael DIPPREITER, Politische Eliten in Niederösterreich. Ein biografisches Handbuch 1921 bis zur Gegenwart (Wien-Köln-Weimar 2011) 214 f.

<sup>17</sup>) GERTRUDE ENDERLE-BURCEL u. Georg SCHMITZ, Der niederösterreichische Bauernbund in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik. Hrsg. Stefan EMINGER u. ERNST LANGTHALER (Wien-Köln-Weimar 2008) 233–276, hier 237.

<sup>18</sup>) ENDERLE-BURCEL u. SCHMITZ, Bauernbund (wie Anm. 17) 236.

<sup>19</sup>) ENDERLE-BURCEL u. SCHMITZ, Bauernbund (wie Anm. 17) 236.

<sup>20</sup>) HELMER, 50 Jahre (wie Anm. 2) 98.

Die politische Karriere Zwetzbachers endete allerdings bereits im Jänner 1925 nach Malversationen um die Niederösterreichische Bauernbank.

### 2.1.2. Johann Mayer und das „Trennungsgesetz“

Für die verfassungsmäßige Entwicklung des Landes war das noch im „Gemeinsamen Landtag“ am 29. Dezember 1921 beschlossene Verfassungsgesetz, das „Trennungsgesetz“, mit dem Wien und Niederösterreich zu selbstständigen Bundesländern und das Ergebnis der Vermögensaufteilungsverhandlungen gesetzlich festgeschrieben wurden, von wesentlicher Bedeutung. Um das Zustandekommen dieses Gesetzes ranken sich zahlreiche Anekdoten. Eine zeittypische, von Helmer überlieferte Geschichte soll hier wiedergegeben werden:

„Die Verhandlungen fanden im Zimmer des Bürgermeisters Reumann im Wiener Rathaus statt und dauerten den ganzen Tag; auch ich nahm daran teil. Das Bürgermeisterzimmer war wegen der Kohlennot nur notdürftig geheizt. Für den Abschluß kam keine rechte Stimmung auf. [...] Die Verhandlungen wurden immer wieder unterbrochen. Eine dieser Pausen benützte Landeshauptmann Mayer in vorgerückter Abendstunde dazu, für das leibliche Wohl der Unterhändler zu sorgen. Mayer stammte aus Bockfließ, wo er eine Bauernwirtschaft betrieb. Dadurch war es ihm möglich, Wein und lange entbehrte Lebensmittel auf dem Verhandlungstisch auszubreiten. Der Bauer Mayer wollte damit gleichzeitig den Unterhändlern zeigen, wie reich das Land Niederösterreich und wie sehr das Stadtvolk auf das Land angewiesen sei. Ich will nicht behaupten, daß Landbrot und Bauernwein die Verhandlungspartner geneigter machten, rasch eine Einigung zu finden. [...dennoch:] Alles, was noch unerledigt war, konnte rasch erledigt werden.“<sup>21</sup>

Niederösterreich war für Jahrzehnte zum „Land ohne Hauptstadt“ geworden.

## 2.2. Landeshauptmann Dr. Karl Buresch (1878–1936)

Nachfolger Mayers wurde mit Wirkung vom 22. Juni 1922 der aus Groß-Enzersdorf stammende Rechtsanwalt Dr. Karl Buresch, Landeshauptmannstellvertreter Josef Reither. Der NÖ Bauernbund hatte mit dieser Personalentscheidung nicht auf Konfrontation, sondern auf Kontinuität gesetzt.

Buresch, Reither und seinen sozialdemokratischen Stellvertreter Oskar Helmer verband weiterhin eine der normativen Kraft des Faktischen geschuldete konsensuale Grundhaltung. Konsenspolitik blieb auch in den zahlreichen politischen Funktionen Bureschs (Bundeskanzler, Finanzminister, Klubvorstand der christlichsozialen Partei und Gouverneur der Postsparkasse) Leitgedanke seiner Politik. Wie Gertrud Enderle-Burcel so treffend formulierte, wich sein Verhalten gegenüber dem politischen Gegner vom Klischeebild der Ersten Republik ab. Er blieb auch in Zeiten, als

<sup>21)</sup> HELMER, 50 Jahre (wie Anm. 2) 95 f.

die antidemokratischen Zeittendenzen stärker wurden, „Brückenbauer“.<sup>22</sup> Während der Zeit der staatsrechtlichen Umgestaltung Österreichs 1919/20 bemühte er sich um zeitgemäße agrarische Gesetze; mit dem NÖ Bauernbund war Buresch als Gründungsmitglied und juristischer Berater verbunden.<sup>23</sup>

### 2.2.1. Frühe politische Tätigkeit

Karl Buresch besuchte die Volksschule seiner Heimatgemeinde Groß-Enzersdorf und das Gymnasium in Wien/Döbling. Von 1897 bis 1901 studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Wien und eröffnete nach abgeschlossener Ausbildung eine Rechtsanwaltskanzlei in Groß-Enzersdorf, wo er zudem Mitglied des Gemeinderates und von 1916 bis 1919 Bürgermeister war. 1919/1920 war er Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung, 1921 Abgeordneter zum NÖ Landtag.<sup>24</sup>

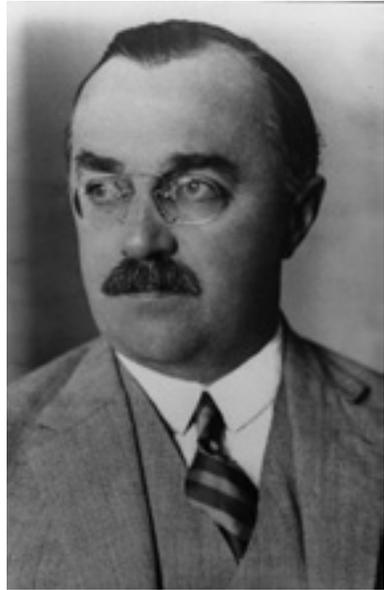


Abbildung 2: Landeshauptmann Karl Buresch (NÖLB).

### 2.2.2. Buresch als Landeshauptmann

Trotz inhaltlicher Differenzen konnten in der Ära Buresch – dieser fungierte von seiner Wahl im Juni 1922 bis zu seiner Ernennung zum Bundeskanzler im Juni 1931 und vom Mai 1932 bis zum Mai 1933, also knappe zehn Jahre, als Landeshauptmann des flächengrößten österreichischen Bundeslandes – wichtige Vorhaben mit den Stimmen der Regierungsparteien umgesetzt werden. So wurde am 22. Februar 1922 das unter dem maßgeblichen Einfluss des Kammerbeamten Engelbert Dollfuß entstandene „Gesetz zur Schaffung von Landwirtschaftskammern“ beschlossen, ebenfalls im Jahr 1922 das „Krankenanstaltengesetz“, das eine wesentliche Verbesserung des Gesundheitssystems brachte. 1922/23 folgten bedeutende wirtschaftsfördernde Gesetze, die Errichtung der NEWAG (Niederösterreichische Elektrizitätswirtschaft AG) und der Landes-Hypothekenanstalt sowie des Landesschulrates. Eine gesetzliche Regelung erfuhr 1923 auch das landwirtschaftliche Berufsschulwesen, das eine rasche Entwicklung nahm, konnte doch die Zahl der landwirtschaftlichen Berufsschulen von 42 (1923) auf 120 (1930) erhöht werden.<sup>25</sup>

<sup>22</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 175.

<sup>23</sup>) ENDERLE-BURCEL u. SCHMITZ, Bauernbund (wie Anm. 17) 240.

<sup>24</sup>) BEZEMEK u. DIPPENREITER, Eliten (wie Anm. 16) 44 f.

<sup>25</sup>) GUTKAS, Geschichte (wie Anm. 2) 505.

Im Bereich der Landesverwaltung, der Schulen und Landesspitäler wurde jedoch der Rotstift angesetzt. Mit dem „Lehrerabbagesetz“ wurden Lehrpersonen, die das 35. Dienstjahr vollendet hatten, zwangspensioniert. Im Zuge der „Abbauaktionen“ wurden auch zahlreiche Bezirksgerichte geschlossen.<sup>26</sup> Wie stark die vom Abbau betroffenen Berufsgruppen, vor allem die Lehrer, für die nationalistische Propaganda anfällig waren, wurde von Klaus Mulley eindrucksvoll beschrieben: „Der auch in Niederösterreich rigoros durchgeführte Abbau öffentlicher Bediensteter, sowie die durch die ‚Genfer Sanierung‘ ausgelöste ‚Stabilisierungskrise‘ dürften zu einer ersten Mobilisierung großdeutsch gesinnter Angestellter in Richtung Nationalsozialismus geführt haben.“<sup>27</sup> Die kurze sozialpolitische Aktivphase der Jahre 1919–1921, die wichtige Landesgesetze im Sozialbereich gebracht hatte, war mit der sogenannten „Sanierungspolitik“ beendet. Auf Bundesebene näherten sich die Christlichsozialen führenden Wirtschafts- und Bankenkreisen an. Polarisierungstendenzen gewannen die Oberhand. Bureschs wichtigster politischer Erfolg als Landeshauptmann war die 1931 beschlossene „Abgabenteilungsnovelle“, in der im Finanzverfassungsgesetz von 1922 festgesetzte Kriterien der Steueraufteilung zugunsten Niederösterreichs korrigiert wurden.<sup>28</sup> Der Name Buresch ist allerdings auch mit einer Reihe von politischen Skandalen der Ersten Republik verbunden: mit dem Zusammenbruch der Niederösterreichischen Bauernbank, für den allerdings Landeshauptmannstellvertreter Zwetzbacher verantwortlich war, Bilanzschwierigkeiten der NEWAG, dem Postsparkassenskandal der frühen 1930er Jahre und dem „Phönixskandal“, als Buresch als Finanzminister zugunsten der hoch verschuldeten Versicherungsgesellschaft eingriff.<sup>29</sup>

Zur Zeit der Staatskrise 1933 übte Buresch noch einmal das Amt des Landeshauptmannes aus, wobei er, ein Gegner der Heimwehren, den autoritären Kurs der Regierung mittrug und wie Vaugoin und Kunschak die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes als Voraussetzung für Verhandlungen mit den Sozialdemokraten sah und der Bundesregierung verfassungsmäßiges Vorgehen bescheinigte.<sup>30</sup>

### 2.2.3. Bundeskanzler und Finanzminister

Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise übernahm Buresch das Amt des Bundeskanzlers. Im Urteil der Zeitgenossen galt er als Marionette Seipels. Seine Regierung sei, so die Zeitschrift „Der österreichische Volkswirt“, angetreten, „um einen Übergang zwischen der Demokratie und der Diktatur Seipels zu schaffen.“<sup>31</sup> Eine durchaus bemerkenswerte Bilanz auf wirtschaftlichem Gebiet steht diesem politisch motivierten Befund entgegen: Durch eine allerdings mit drastischen Budgeteinsparungen verbundene Auslandsanleihe vermochte er die in Schwierigkeiten geratene öster-

<sup>26</sup>) RIEPL, Landtag (wie Anm. 2) 113.

<sup>27</sup>) MULLEY, NSDAP (wie Anm. 2) 177.

<sup>28</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 175.

<sup>29</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 187.

<sup>30</sup>) KAMMERHOFER, Niederösterreich (wie Anm. 2) 229.

<sup>31</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 183.

reichische Wirtschaft zu stabilisieren, ebenso die Neuordnung der Creditanstalt und die Sanierung der Währung herbeizuführen.<sup>32</sup>

Seine Untätigkeit nach dem „Pfrimer-Putsch“ 1931 und seine Intervention im „Postsparkassen-Bosel-Skandal“ und in der Affäre um die Versicherungsanstalt „Phönix“ wird man ihm allerdings anlasten müssen.<sup>33</sup>

#### 2.2.4. Gouverneur der Postsparkasse

Von 1933 bis 1935 war Buresch als Finanzminister Mitglied der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg, trug also den autoritären Kurs mit. Wie Ernst Bruckmüller nachweisen konnte, hatte die Führung der Christlichsozialen am 5. März 1933 in der Wohnung Bureschs eine autoritäre Regierungsform „praktisch widerspruchslos“ sanktioniert.<sup>34</sup> Die späteren Jahre zeigen den Langzeitpolitiker als Erfüllungsgehilfen industrieller Kreise. Als Gouverneur der Postsparkasse, Ende Jänner 1936 war seine Ernennung erfolgt, war er mit der Affäre „Bosel“, die er als Finanzminister mit einem Vergleich bereinigt hatte, konfrontiert. Gerichtliche Erhebungen, die im Juli 1936 zur Verhaftung Bosels geführt hatten, belasteten auch Buresch, dem, so Enderle-Burcel, persönliche Verbindungen zu Bosel nachgesagt wurden.<sup>35</sup> Sein plötzlicher Tod am 16. September 1936 wurde vielfach mit aus dieser Affäre resultierenden Depressionen begründet. Ein prominenter Zeitzeuge, Bundespressechef Eduard Ludwig, hielt, wie man Enderle-Burcel entnehmen kann, einen Selbstmord für wahrscheinlich: „Es ist unsicher, ob er eine große Dosis Beruhigungsmittel in selbstmörderischer Absicht nahm, oder der geschwächte Organismus nicht mehr durchhielt.“<sup>36</sup>

Der an diesem Tag in Bureschs Wohnung anwesende Ernst Magerl sprach deziidiert von Selbstmord.<sup>37</sup>

### 2.3. Josef Reither (1880–1950)

Unsere biographische Annäherung an die Landesgeschichte endet mit Josef Reither, dem wohl prominentesten Bauernpolitiker der Ersten Republik, der auch in höchsten Staatsämtern bäuerlicher Standesvertreter blieb.

---

<sup>32</sup>) Vgl. die Erinnerungen von Dr. Ernst MAGERL (Wien 1982). Kreisgerichtspräsident a.D. Dr. Ernst Magerl, NÖ Landtagsabgeordneter 1932–1934, vor 1930 Sekretär von Landeshauptmann Buresch (Original im NÖ Institut für Landeskunde).

<sup>33</sup>) Magerls Rechtfertigungsversuch mit der Rettung von Arbeitsplätzen erscheint als Schutzbehauptung. Vgl. MAGERL, Erinnerungen (wie Anm. 32).

<sup>34</sup>) BRUCKMÜLLER, Parteienherrschaft (wie Anm. 2) 722.

<sup>35</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 188.

<sup>36</sup>) ENDERLE-BURCEL, Buresch (wie Anm. 2) 188.

<sup>37</sup>) MAGERL, Erinnerungen (wie Anm. 32).



Abbildung 3: Landeshauptmann Josef Reither (NÖLB).

### 2.3.1. Josef Reither als Bauernvertreter

Der 1880 in Langenrohr (Bezirk Tulln) geborene Josef Reither,<sup>38</sup> von 1912 bis 1924 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, vollzog 1918 mit dem Einzug in das Präsidium des NÖ Bauernbundes den Aufstieg aus der lokalen Politik. 1922 war er bereits Vizepräsident und 1925 Präsident der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer, bald danach Präsident der NÖ Brandschaden Versicherungs-AG. 1928 wurde er Obmann des NÖ Bauernbundes und Vorstandsmitglied des Österreichischen Bauernbundes. Als Bauernvertreter war er ab 1921 Mitglied des NÖ Landtages und seit 1925, nach dem Ausscheiden Zwetzbachers, Landeshauptmannstellvertreter. In der Landesregierung nahm er die Agenden eines Landwirtschafts- und Gemeindereferenten wahr.<sup>39</sup>

Maxime seiner Wirtschaftspolitik war die Förderung der Landwirtschaft – eine wohl kurzfristige Klientelpolitik.

### 2.3.2. Josef Reither als Landeshauptmann

Bereits unter Landeshauptmann Buresch war Josef Reither der starke Mann in der Landesregierung. Am 1. Juli 1931 wurde er, vorerst als Platzhalter Bureschs, zum Landeshauptmann gewählt. Mit den Sozialdemokraten Helmer (Landeshauptmannstellvertreter) und Schneidmadl (Soziallandesrat) fand er, der den „Korneuburger Eid“ geleistet hatte, auch in Krisen Konsens. Die Erfahrungen nach dem Justizpalastbrand begünstigten seine Annäherung an die Heimwehren, deren Gründung nur eine Reaktion auf die Schaffung des Schutzbundes gewesen sei.<sup>40</sup> Josef Reither war Landeshauptmann zur Zeit der Wirtschaftskrise. Absatzkrise und Preisverfall bedrohten die Landwirtschaft, deren Verschuldungsgrad hoch war, was zu Versteigerungen zahlreicher Betriebe geführt hatte. Reither versuchte dieser Entwicklung mit einer protektionistischen Agrarpolitik und Subventionen zu begegnen.<sup>41</sup> Er sah wie maßgebliche Kreise den politischen Hauptgegner links. Die von Dollfuß etablierte Regierungsform mit der sukzessiven Ausschaltung der Sozialdemokratie trug er in seiner zweiten Periode als Landeshauptmann von Mai 1933 bis zum Zusammenbruch des Ständestaates vollinhaltlich mit, obwohl auch nach der Ausschaltung des Parlaments und den bekannten Ereignissen des Februar 1934 der

<sup>38</sup>) Zur Person Reithers vgl. HÖLLMÜLLER, Reither (wie Anm. 2).

<sup>39</sup>) BEZEMEK U. DIPPELREITER, Eliten (wie Anm. 16) 170.

<sup>40</sup>) RIEPL, Landtag (wie Anm. 2) 229.

<sup>41</sup>) RIEPL, Landtag (wie Anm. 2) 350.

bäuerliche Flügel der Christlichsozialen um Reither Vertreter einer „Verständigung hinter den Kulissen“ blieb.<sup>42</sup> Von 1934 bis 1935 war Reither Landwirtschaftsminister, als Landeshauptmann wurde er von Landeshauptmannstellvertreter Leopold Barsch vertreten.<sup>43</sup>

Man wird Josef Prinz in der Beurteilung der Person Reither zustimmen müssen:

„So sehr Reither als Person und Politiker den Sozialdemokraten in Niederösterreich ein konsensbereiter Gesprächspartner war, so sehr stand er in der Tradition bäuerlicher, patriarchaler Gesellschaftsvorstellungen, die mit dem vom ‚Bauern Dollfuß‘ propagierten berufsständischen Modell mit autoritären Zügen durchaus harmonierte [...]. Josef Reither agierte eigenständig in seinen Warnungen vor der eingeschlagenen antidemokratischen Richtung und er äußerte Skepsis gegenüber dem ‚deutschen Kurs‘ Schuschnigg. Gleichzeitig war er Unterstützer und Teil des partiell faschistischen Regimes, in dem er kurzfristig als Minister, vor allem als Reichsbauernführer und als Landeshauptmann tätig war.“<sup>44</sup>

Reither war ein entschiedener Gegner der NSDAP. Seine Äußerung nach dem Parteiverbot im Juni 1933, „Nun sind wir sie endgültig los“, erwies sich jedoch als fatale Fehleinschätzung.<sup>45</sup>

### 3. Zusammenfassung

Die Christlichsoziale Partei war in der Ersten Republik in Niederösterreich bis 1932 die unangefochten bestimmende Kraft und stellte in allen demokratisch gewählten Landtagen die Mehrheit (1919, 1921, 1927 mit den Großdeutschen als Einheitsliste sogar die absolute Mehrheit). Der Landeshauptmann kam traditionell aus den Reihen der Bauernschaft. Die Konsenspolitik der Eliten – vertreten durch die Landeshauptleute Mayer, Buresch und Reither – war trotz einer gewaltbereiten Basis ein Spezifikum der niederösterreichischen Landespolitik. Die Kontroversen im Land waren in der politisch-sozialen Struktur („rote Städte“ – „schwarze Dörfer“) zugrunde gelegt. Dem Terror der NSDAP standen SDAP und CSP trotz ihrer Privatarmeen hilflos gegenüber. „Der Feind steht nach wie vor links“, die Parole der Christlichsozialen bei den Landtagswahlen 1932, hatte sich, wie bereits festgestellt, als letale Fehleinschätzung erwiesen.

---

<sup>42</sup>) PRINZ, Herrschaft (wie Anm. 2) 50.

<sup>43</sup>) BEZEMEK U. DIPPELREITER, Eliten (wie Anm. 16) 170.

<sup>44</sup>) PRINZ, Herrschaft (wie Anm. 2) 61.

<sup>45</sup>) KAMMERHOFER, Niederösterreich (wie Anm. 2) 222.